

# APD INFORMATIONEN DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Nachrichtenagentur APD – Adventist Press Service  
ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

12/2011  
Dezember 2011  
28. Jahrgang

## Aus dem Inhalt:

<b>Deutschland</b>	<b>Mainzer Jugendkirche „livingroom“ erhält Preis der „Initiative Hoffnung“</b>	<b>Seite 1</b>
	<b>„Wir haben den Verleumdeten nicht geglaubt“</b>	<b>Seite 2</b>
	<b>Angstfreies Krankenhaus „Waldfriede“ in Berlin</b>	<b>Seite 2</b>
	<b>Menschen beim letzten Lebensabschnitt begleiten</b>	<b>Seite 3</b>
	<b>Freikirchliche Arbeitsgruppe für Kriegsdienstverweigerer beendet Tätigkeit</b>	<b>Seite 5</b>
	<b>Freikirchen gegen Waffenexporte in Krisengebiete</b>	<b>Seite 6</b>
	<b>Zahlreiche Probleme für Kriegsdienstverweigerer in Europa</b>	<b>Seite 7</b>
	<b>„Christen in Pakistan Bürger zweiter oder dritter Klasse“</b>	<b>Seite 7</b>
	<b>Gleiche finanzielle Ausstattung für alle Freiwilligendienste</b>	<b>Seite 9</b>
	<b>Online-Ausstellung „Evangelischer Widerstand in der NS-Zeit“</b>	<b>Seite 9</b>
	<b>Am besten ist es, gar keinen Alkohol zu trinken</b>	<b>Seite 10</b>
<b>International</b>	<b>Leitungspositionen für Frauen bei Adventisten in Nordamerika und Europa</b>	<b>Seite 11</b>
	<b>Aufgebrachte religiöse Gemeinschaften ziehen Geld bei Großbanken ab</b>	<b>Seite 12</b>
	<b>Evangelisch-theologische Abschlüsse in Spanien staatlich anerkannt</b>	<b>Seite 13</b>
	<b>US-Bariton bringt Hoffnung in slowenisches Gefängnis</b>	<b>Seite 14</b>
<b>ADRA</b>	<b>Brotbacken für eine bessere Zukunft</b>	<b>Seite 15</b>
	<b>Medizinische Betreuung für eintausend Roma-Familien in Albanien</b>	<b>Seite 16</b>
<b>Medien</b>	<b>Jugendliche hinterlassen deutliche Spuren im Internet</b>	<b>Seite 16</b>
<b>Rundfunk/Fernsehen</b>	<b>„Hope Channel“ auf „Super RTL“</b>	<b>Seite 17</b>
	<b>Engere Zusammenarbeit zwischen AWR und „Hope Channel Radio“</b>	<b>Seite 17</b>
<b>Bibel</b>	<b>Die Bibel per Schiff nach Sibirien</b>	<b>Seite 18</b>
	<b>Hebräische und griechische Studienbibeln weltweit geschätzt</b>	<b>Seite 19</b>
	<b>Einheitsübersetzung jetzt als Bibel-App</b>	<b>Seite 19</b>
<b>Dokumentation</b>	<b>Erklärung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland zu sexueller Gewalt</b>	<b>Seite 20</b>
<b>Buchrezension</b>	<b>Benedikt XVI., „Licht der Welt“</b>	<b>Seite 21</b>

## Impressum:

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,  
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland  
Postfach 4260, 73745 Ostfildern  
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit  
Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60,  
E-Mail: [info@apd.info](mailto:info@apd.info)  
Holger Teubert (verantwortlich), Dr. Wolfgang Tulaszewski (stellvertretend),  
Holger Koch, Erich Lischek, Brunhilde Teubert
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen.
- Druck: Grindeldruck GmbH, Grindelberg 13-17, 20144 Hamburg  
Als Manuskript gedruckt.
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto).
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 104, CH - 4020 Basel  
Telefon +41-61-3117370  
E-Mail: [APD-CH@apd.info](mailto:APD-CH@apd.info)  
Herbert Bodenmann (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring,  
Maryland 20904-6600, USA  
Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312  
E-Mail: [costaw@gc.adventist.org](mailto:costaw@gc.adventist.org)  
Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)
- „adventisten heute“, Pulverweg 6, 21337 Lüneburg  
Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502  
E-Mail: [info@advent-verlag.de](mailto:info@advent-verlag.de), Internet: [www.advent-verlag.de](http://www.advent-verlag.de)  
Elí Díez-Prida (verantwortlich)

**APD-INFORMATIONEN online: <http://www.apd.info>**

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD“. Das © Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ® ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.

Konto: Stuttgarter Volksbank      Konto Nr. 227 385 004      (BLZ 600 901 00)



---

Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie 16,6 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 206 Ländern der Erde. In Deutschland sind 35.200 Mitglieder in 570 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.

---

## Deutschland

### **Mainzer Jugendkirche „livingroom“ erhält Preis der „Initiative Hoffnung“**

Mainz, 19.12.2011/APD Die Jugendkirche „livingroom“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Mainz hat mit ihrem Projekt „Chancengleichheit“ den ersten Preis der „Initiative Hoffnung“ gewonnen. Laut Onlinedienst „Adventisten heute“ lädt die Initiative christliche Teenager und Jugendliche ein, Menschen vor Ort zu helfen und ihnen dadurch die Liebe Gottes zu bezeugen. Im Aktionsjahr 2011 rief sie Jugendgruppen deutschlandweit auf, diakonisch aktiv zu werden, um ein ganzheitliches Christsein einzuüben und zu leben.

Am Projekt „Chancengleichheit“ der Mainzer adventistischen „livingroom“-Gemeinde sind mehr als 30 junge Leute beteiligt. In Zusammenarbeit mit drei Mainzer Grund- und Hauptschulen helfen sie beispielsweise Schülern und Schülerinnen aus einem sozial schwachen Umfeld oder einem Migrationshintergrund, die keine oder kaum elterliche Unterstützung haben, bei ihren Hausaufgaben. Außerdem erteilen 15 ehrenamtlich tätige Studenten, ebenfalls in Absprache mit der jeweiligen Schulleitung, Nachhilfeunterricht. Im Rahmen der Ganztags schulbetreuung und nach Entwicklung eines Lehrplans für das gesamte Schuljahr werden Pfadfinderaktivitäten angeboten, die nicht nur den Umgang mit der Natur, sondern auch den Ausbau sozialer Kompetenzen fördern. Weitere Angebote in Zusammenarbeit mit einem Mainzer Jugendzentrum, wie Fußball-Freundschaftsspiele, Girls Treffs und Kochkurse für Kinder und Jugendliche, gehören zum Konzept des Projektes. Informationen dazu sind im Internet unter [www.livingroom.info](http://www.livingroom.info) zu finden.

Die drei Gewinner des „Hoffnungspreises“ 2011 erhielten ein Preisgeld von insgesamt 800 Euro, dazu kreative Sachpreise. Die 19-köpfige Jury verlieh den ersten Preis der Jugendkirche „livingroom“. Dotiert ist der „Hoffnungspreis“ in Gold mit einer Skulptur als Award, einem Scheck über 500 Euro und einem Konzert in den eigenen Jugendräumen mit Tobias Hundt, einem der Schreiber des „Hoffnungssongs“. Die Preisübergabe durch den Abgeordneten Frank Heinrich (CDU), der Bundestagsvizepräsidentin Kathrin Göring-Eckardt vertrat, fand im Rahmen einer Feierstunde im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Deutschen Bundestages in Berlin statt. Heinrich betonte: „Kein Projekt hat mich mehr begeistert, als die livingroom Jugendkirche Mainz.“

Veit Claesberg, Koordinator der „Initiative Hoffnung“ (Bergneustadt), gratulierte der adventistischen „livingroom“-Gemeinde mit den Worten: „Ihr seid die Gewinner, aber noch viel mehr haben die Leute gewonnen, denen ihr im Namen von Jesus Christus gedient habt.“ Pastor Jochen Streit, Abteilungsleiter für Jugend, Pfadfinder und Kinder der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Süddeutschland (Ostfildern bei Stuttgart), betonte: „Die Wahrnehmung der Initiativen von livingroom in der Öffentlichkeit ist durchaus ein deutlicher Hinweis, dass eine christliche Gemeinde auch heute in unserer Gesellschaft relevant sein kann und ist. Es ist unsere Aufgabe, die Belange des Umfeldes aufzugreifen und mit unserem christlich-adventistischen Welt- und Menschenbild das Zusammenleben aller Altersgruppen mitzugestalten.“

Die „Initiative Hoffnung – dienen mit Wort und Tat“ wird von einem Netzwerk aus über 70 Einzelpersonen verantwortet, die christliche Werke, Verbände, Kirchen und Gemeinden repräsentieren. Sie wurde auf der Grundlage der Deutschen Evangelischen Allianz ins Leben gerufen und lädt Christinnen und Christen aller Kirchen und Gemeinden ein, sich zu beteiligen ([www.initiativehoffnung.de](http://www.initiativehoffnung.de)). (3.088 Zeichen)

### **„Wir haben den Verleumdeten nicht geglaubt“**

#### **Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten bekennt Schuld bei sexueller Gewalt**

Altena/Westfalen, 19.12.2011/APD Der Ausschuss der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland hat am 5. Dezember während seiner Jahressitzung in Altena/Westfalen eine Erklärung zum Thema „Sexuelle Gewalt“ beschlossen. Darin heißt es, dass die Freikirche jede Art von Gewaltausübung und Verletzung der Menschenwürde ablehne. „Dennoch bekennen wir, dass es im ‚Schutzraum‘ unserer Ortsgemeinden sexuelle, körperliche und seelische Gewalt gibt. Wir bekennen, dass Verantwortliche und Familien unserer Freikirche das leibliche und seelische Leiden von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen aus unserer Mitte übersehen haben, ohne die Stimme für sie zu erheben; ohne ihnen zur Hilfe zu eilen. Wir sind schuldig geworden am Leben der Schwächsten und Wehrlosesten unter uns – unseren Kindern.“

In der Erklärung wird bedauert, „dass im Raum der Freikirche die Würde von Verletzten durch Verleumdung und Entwürdigung beschämt und entehrt wurde. Wir haben den Verleumder oft nicht seines Unrechtes überführt und die Verleumdeten häufig genug ihrem Schicksal überlassen, indem wir ihnen nicht geglaubt haben.“

Dabei wird betont: „Indem die Freikirche hiermit ihre Schuld bekennt, entbindet sie den Einzelnen nicht von seiner und die Täter/-innen nicht von ihrer persönlichen Schuld, sondern sie ruft alle in die Gemeinschaft des Schuldbekenntnisses hinein.“

Es folgt das Eingeständnis des Scheiterns, „dass wir nicht mutiger hinschauten und konfrontierten, nicht gehorsamer dem Willen Gottes folgten und nicht schützender unseren Nächsten beigestanden haben“. Nun solle ein neuer Anfang gemacht werden, um „den nötigen Schutzraum zu schaffen“.

Die Freikirche hatte bereits im September 2009 zur Sensibilisierung über das Thema an alle 23.000 Haushalte ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik die von ihr herausgegebene Broschüre „Sexueller Gewalt begegnen“ gesandt. Ende 2009 beschloss der Ausschuss der Freikirche in Deutschland, dass alle Haupt- und Ehrenamtlichen, die junge Menschen betreuen, einen Verhaltenskodex unterschreiben müssen. Zusätzlich wurde von allen Hauptamtlichen ein polizeiliches Führungszeugnis eingefordert. Außerdem gründete die Freikirchenleitung den Fachbeirat „Sexueller Gewalt begegnen“ und stattete ihn mit Kompetenzen aus. Der Beirat bearbeitet und begleitet im Auftrag der Kirchenleitung alle auftretenden Fälle sexuellen Missbrauchs und sexueller Gewalt im Zusammenhang mit Minderjährigen und Schutzbefohlenen innerhalb der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland. Geleitet wird er von Professor Dr. Johann Gerhardt, dem früheren Rektor der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg. (2.405 Zeichen)

(Hinweis der Redaktion: Der Text der „Erklärung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland zu sexueller Gewalt“ ist in der Rubrik „Dokumentation“ zu finden.)

### **Angstfreies Krankenhaus „Waldfriede“ in Berlin**

Berlin, 19.12.2011/APD „Angstfreies Krankenhaus Waldfriede“ heißt ein neues Projekt der Klinik der Siebenten-Tags-Adventisten in Berlin-Zehlendorf. „Bei unserer täglichen Arbeit machen wir immer wieder die Erfahrung, dass Patienten vor einer Operation unter verschiedenen Ängsten leiden“, so Projektleiter Dr. Michael Volland. Neben der Angst vor der Narkose, vor Schmerzen oder vor Komplikationen sorgten sich Patienten vor schwerwiegenden Diagnosen, vor dem Eingriff in die Intimsphäre oder dem Verlust von Selbständigkeit. Um diesen und anderen Ängsten bereits im Vorfeld einer Operation zu begegnen, habe das Krankenhaus „Waldfriede“ ein interdisziplinäres Konzept entwickelt, an dem Ärzte, Pflegekräfte, Sozialarbeiter, Seelsorger und ein Psychotherapeut beteiligt seien.

„In allen operativen Abteilungen, wie Allgemeinchirurgie, Koloproktologie, Hand- und Fußchirurgie, Gynäkologie und Brustzentrum, unterbreiten wir unseren Patienten im Vorfeld von Eingriffen ein interdisziplinäres Angebot zum Abbau von Sorgen und Ängsten“, informiert Dr. Volland. Angst sei eigentlich etwas Natürliches, wenn eine Gefahr vorhanden ist, erläutert Psychotherapeut Wolfgang Schwabe. Probleme gebe es erst, wenn die Angst entgleise und nicht mehr kontrolliert werden könne. Dann benötige der Patient eine Vertrauensperson. „Deshalb ist die Bindung zwischen Arzt und Patient wichtig.“ Der Arzt müsse von Anfang an die Befindlichkeiten des Patienten kennen, um differenziert darauf reagieren zu können, so Schwabe. Selbst nach einer Operation könnten Ängste auftreten, obwohl alles in Ordnung scheine.

Bei dem Projekt werde die Zeit vor der Operation in den Fokus gerückt, betont Dr. Volland. „Deshalb thematisieren unsere Ärzte das Thema Angst bereits beim Erstkontakt“. Die Anästhesie biete Angstsprechstunden an, bei denen sich der künftige Patient über die Narkose eingehend informieren könne. Zudem gebe es eine individuelle Patientenberatung. Angeboten würden der Besuch einer Station oder eines Operationssaales, um kennenzulernen, was dort geschehe. Auf Wunsch könne auch eine Operation mitverfolgt werden, um zu erfahren, wie später der eigene Eingriff ablaufe. Manche Patienten seien in Sorge um ihre Angehörigen oder Haustiere während ihres Krankenhausaufenthaltes. Hier könne der frühzeitige Kontakt zum Sozialdienst zu Lösungen führen und Ängste abbauen.

Erste Ergebnisse zeigten laut Dr. Volland, dass die Patienten das Projekt „Angstfreies Krankenhaus“ sehr positiv aufnahmen. Den Ärzten gelänge es, Patienten die Angst zu nehmen, obwohl sie verpflichtet seien, über alle Operationsrisiken aufzuklären. Ein wichtiger Faktor für die Verminderung der Patientenangst sei zudem die Stationspflege. Auch die Seelsorgerin des Krankenhauses „Waldfriede“, Pastorin Gabriele Stangl, sei in das Projekt mit eingebunden. Sie nehme sich Zeit für die Anliegen der Patienten und begleite sie, wenn sie es wünschten, zu schwierigen Untersuchungen oder auch in den Operationssaal.

Bei dem Projekt führe der operierende Arzt die Gespräche mit dem Patienten, betont der Ärztliche Direktor von „Waldfriede“, Privatdozent Dr. Ingo Leister. Auch für die Nachbehandlung sei er zuständig. So könne ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden. Zudem werde die Verantwortung vom Arzt nicht delegiert, sondern von ihm übernommen.

Das seit 1920 in Berlin-Zehlendorf bestehende Akutkrankenhaus „Waldfriede“ verfügt über 170 Betten und versorgt jährlich 9.000 Patienten stationär und 18.000 ambulant.

(3.051 Zeichen)

### **Menschen beim letzten Lebensabschnitt begleiten**

Berlin, 19.12.2011/APD Seit 2006 gibt es in Berlin den ambulanten Hospizdienst des Advent-Wohlfahrtswerkes (AWW) der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Laut dessen Leiter, Diplom-Psychologe Aristide Proksch, kümmere sich die Einrichtung um Menschen, die nicht mehr lange leben würden. Manche wollten zu Hause sterben, andere lebten in einem Pflegeheim, und wiederum andere hätten keinen Platz in einem stationären Hospiz bekommen. 20 ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen widmeten sich den unterschiedlichsten Aufgaben, die der anspruchsvolle Dienst an schwer kranken, sterbenden Menschen und ihren Familienangehörigen mit sich brächten. „Durch Zuhören, Trösten, Vorlesen, miteinander singen, manchmal auch zusammen beten, unterstützen und begleiten sie solche Menschen auf dem letzten Abschnitt ihres Lebens“, so Proksch.

In Berlin-Charlottenburg gebe es den Hospizladen, in dem gespendete Sachen verkauft würden, um einen Teil der Kosten des ambulanten Hospizdienstes zu tragen. Der Laden werde laut Proksch von den Kiezbewohnern und Besuchern liebevoll „das kleine Kaufhaus“ genannt.

Es werde von vier ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen geführt, und dort fänden über 2.000 diakonische Gespräche pro Jahr statt.

Außerdem betreibe der Hospizdienst ein „Trauercafé“. „Hier gibt es professionelle Beratung für Menschen, die sich Unterstützung wünschen, beispielsweise bei der Formulierung einer Patientenverfügung. Für Menschen, die einen Freund oder Angehörigen verloren haben, werden Trauerbewältigungsgruppen angeboten“, informiert der Diplom-Psychologe. Außerdem veranstalte das AWW Lehrgänge für ehrenamtliche Hospizmitarbeiter. Weitere Informationen über den ambulanten Hospizdienst des AWW in Berlin sind im Internet unter [www.aww-hospizberlin.de](http://www.aww-hospizberlin.de) zu finden.

Das Advent-Wohlfahrtswerk unterhält außerdem seit 2009 in Zusammenarbeit mit dem Hospizdienst Oberspreewald-Lausitz das stationäre Hospiz „Friedensberg“ in Lauchhammer im südlichen Brandenburg. In dem eingeschossigen Gebäude in ruhiger Wohnlage gibt es zehn Betten in Einzelzimmern für die Patienten, zwei Gästezimmer für Angehörige, einen Abschiedsraum, einen Raum der Stille und die erforderlichen Funktionsräume. Versorgung, Pflege und Begleitung geschehen durch 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Voll- oder Teilzeit ([www.hospiz-friedensberg.de](http://www.hospiz-friedensberg.de)). (2.087 Zeichen)

### **Advent-Wohlfahrtswerk mit neuer Homepage online**

Hannover, 19.12.2011/APD Mit einer neuen Homepage stellt das Advent-Wohlfahrtswerk (AWW) der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten im Internet unter [www.aww.info](http://www.aww.info) seine Arbeit vor. Laut AWW-Bundesgeschäftsführer Pastor Lothar Scheel (Hannover) wende sich das Sozialwerk ohne Unterschied von Konfession, Herkunft und Weltanschauung an hilfsbedürftige Menschen. Die Arbeit beruhe auf dem Grundsatz der christlichen Nächstenliebe. Grundlage aller Hilfe sei, subsidiär (nachrangig) zu wirken, das heiße, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Das Advent-Wohlfahrtswerk wurde im August 1897 in Hamburg zunächst als „Christlicher Hilfeverein“ gegründet. Die Mitglieder des Vereins waren Siebenten-Tags-Adventisten, die ehrenamtlich der wachsenden Not in den unteren Bevölkerungsschichten der industriellen Ballungsräume Deutschlands begegnen wollten. Suppenküchen, Kleiderkammern und Obdachlosenstuben entstanden, „Armenkassen“ wurden eingerichtet. In Friedensau bei Magdeburg entstand 1901 ein Sanatorium, 1907 folgten am gleichen Ort ein Altenheim und in den darauf folgenden Jahren weitere Altenheime in Mettmann, Berlin und Bad Aibling. Um die unbeschreibliche Not in der Folge des Ersten Weltkrieges zu lindern, wurden Gesundheitseinrichtungen, so auch das Krankenhaus Waldfriede in Berlin-Zehlendorf, gegründet. 1928 führten Verhandlungen des Advent-Wohlfahrtswerkes mit dem Vorstand des damaligen „5. Wohlfahrtsverbandes“ zur Aufnahme in den „Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband“ – heute „Der Paritätische“ genannt. (1.382 Zeichen)

### **Wohlfahrtsmarken mit Edelsteinen**

Köln, 19.12.2011/APD „Wahre Werte“ lautet das Kampagnenmotto für die Wohlfahrtsmarken 2012, die am 2. Januar erscheinen. Durch ein spezielles Druckverfahren werden dabei Edelsteine zum Funkeln gebracht. Erstmals wird es nur drei Marken geben: den Rubin mit 55 + 25 Cent für den Standardbrief, den Smaragd mit 90 + 40 Cent für den Kompaktbrief und den Saphir mit 145 + 55 Cent für den Großbrief. Die Weihnachtsmarken 2011 sind bereits erschienen und zeigen zwei Heilige, die zumindest bis zur Reformation als maßgebliche Vorläufer der weihnachtlichen Tradition des Teilens und Schenkens galten, nämlich St. Martin (45 + 20 Cent) und St. Nikolaus (55 + 25 Cent).

Aus den Zuschlagserlösen werden alle Bereiche gefördert, in denen die Wohlfahrtsverbände tätig sind. Schwerpunkte sind die Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe, die Gesundheits- und

Familienhilfe sowie soziale Maßnahmen für Arbeitslose, Flüchtlinge und Suchtkranke. Die Sonderbriefmarken sind bei allen Postfilialen, Vertriebsstellen der Freien Wohlfahrtspflege und beim Advent-Wohlfahrtswerk e.V., Hildesheimer Straße 426, 30519 Hannover, Telefon (0511) 971 77-300, Telefax (0511) 971 77-399, E-Mail: mail@aww.info, erhältlich. (1.054 Zeichen)

### **Freikirchliche Arbeitsgruppe für Kriegsdienstverweigerer beendet Tätigkeit**

Niederstein bei Kassel, 19.12.2011/APD Die in Niederstein bei Kassel tagende Mitgliederversammlung der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) hat am 22. November beschlossen, dem Antrag ihrer Arbeitsgruppe (AG) 8 „Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (KDV) und Zivildienstleistenden (ZDL)“ auf Auflösung nach 50-jähriger Tätigkeit stattzugeben. Die Mitgliederversammlung dankte ihrer AG „für das starke, jahrzehntelange beratende Engagement“.

Noch im letzten Jahr sei in der AG 8 die Meinung vertreten worden, dass es auch nach der Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 mit dem gleichzeitigen Ende des Zivildienstes genügend Betätigungsfelder, etwa in der Beratung kriegsdienstverweigernder Berufssoldaten sowie im Bereich Freiwilligen- und Friedensdienste, gebe, teilte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Gemeindediakon Armin Hoffmann (Berlin), mit. Es habe sich jedoch gezeigt, dass freiwillige Soldatinnen und Soldaten eine Probezeit von sechs Monaten hätten, um ohne Angabe von Gründen ihren Dienst zu beenden. Das werde auch genutzt. Wer danach oder als Berufssoldat verweigere, brauche die Hilfe eines Rechtsanwaltes, den KDV-Berater lediglich vermitteln könnten. Deshalb sei eine Vernetzung von freikirchlichen Beratern für Kriegsdienstverweigerer durch eine eigene Arbeitsgruppe nicht mehr erforderlich, so Hoffmann.

Friedensethische Themen würde beispielsweise auch die AG 11 der VEF „Evangelium und gesellschaftliche Verantwortung“ aufgreifen; etwa bei der Vorbereitung des offenen Briefes der VEF an die Bundeskanzlerin zum Einsatz der Bundeswehr bei internationalen Konflikten, der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung und den Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundeswehr und einigen Kultusministerien der Bundesländer. Ob die VEF eine neue Arbeitsgruppe „Freiwilligendienste“ überhaupt benötige, müsse abgewartet werden, gab Hoffmann zu bedenken.

Nachdem im Januar 1960 das Gesetz über den zivilen Ersatzdienst (später Zivildienst), in Kraft getreten war, sei von der „Konferenz der Evangelischen Freikirchen“, wie die VEF damals hieß, eine Arbeitsgruppe zur beratenden und seelsorgerlichen Begleitung der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden eingerichtet worden, erläuterte Diakon Hoffmann. Diese Arbeitsgruppe, die AG 8 der VEF, habe sich im Dezember 1961 konstituiert. „Sie half in den Anerkennungsverfahren durch Rechtsbeistand bei den Verhandlungen vor Prüfungsausschüssen, Prüfungskammern und Verwaltungsgerichten.“ Dieses Anerkennungsverfahren hätten alle Kriegsdienstverweigerer bis zur Einführung des schriftlichen Anerkennungsverfahrens Anfang der 1990ziger Jahre durchlaufen müssen. Daneben habe es die Vermittlung von Einsatzplätzen für Ersatzdienstleistende gegeben; eine Aufgabe, die zunehmend von den Jugendwerken und diakonischen Einrichtungen der Freikirchen übernommen worden sei.

„Die AG 8 sah es“, laut Hoffmann, „als ihre vordringliche Aufgabe an, theologische und seelsorgerliche Hilfe zur Klärung der persönlichen Gewissensbildung und -entscheidung zu geben.“ Darüber hinaus habe sie sich auch zunehmend mit den Fragen der Ausgestaltung des Zivildienstes, der rechtlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen Integration der Zivildienstleistenden befasst. „Zur Information und zur Gewissensbildung stellte die Arbeitsgruppe Arbeitsmaterial bereit. So beispielsweise die 1968 erstmalig herausgegebene Schrift ‚Soldat – Kriegsdienstverweigerer: was sagt dein Gewissen‘ und die Informationsbroschüre ‚Zivildienst – der andere Weg‘, die bis 1995 in der 18. ständig der neuen Rechtslage angepassten Auflage

erschien.“ 2004 habe die AG 8 auch eine eigene Internetseite mit konkreten Hinweisen zu Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst eingerichtet.

Die Arbeitsgruppe habe sich zweimal im Jahr zu teils mehrtägigen Sitzungen getroffen, „veranstaltete Seminare, Schulungen und Rüstzeiten für Zivildienstleistende und war stets bemüht, die Fragen um Krieg und Frieden und das christliche Friedenszeugnis theologisch sorgfältig aufzuarbeiten“, berichtete Hoffmann. Die AG 8 habe sich in den letzten Jahren unter anderem mit einer Intervention beim Europaparlament zur Einführung eines Zivildienstes in Griechenland, mit einer Stellungnahme gegen ein Gesetz zum Ehrenschatz der Bundeswehr anlässlich der Diskussion, ob Soldaten Mörder seien, mit einem Appell zur Abschaffung der Wehrpflicht und mit freikirchlichen Grundsätzen zum Zivildienst befasst. Außerdem hätten Gespräche mit dem Bundesamt für Zivildienst und Bundestagsabgeordneten zur Gestaltung des Zivildienstes stattgefunden.

Hilfreich sei dabei die Zusammenarbeit mit der Evangelischen Kirche im „Beirat der EKD für Kriegsdienstverweigerer“ und in der „Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer“ (EAK) sowie in der „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer“ und im „Beirat für Zivildienst des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ gewesen, betonte Hoffmann.

In der VEF-Arbeitsgruppe zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden arbeiteten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden, des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden, des Bundes Freier evangelischer Gemeinden, des Bundes Freikirchlicher Pfingstgemeinden, der Evangelisch-methodistischen Kirche, der Herrnhuter Brüdergemeine, der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten und der Heilsarmee mit.

(4.837 Zeichen)

### **Freikirchen gegen Waffenexporte in Krisengebiete**

Witten/Ingolstadt, 19.12.2011/APD Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) wendet sich gegen Waffenexporte in Krisengebiete. In einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel bringen VEF-Präsident Präses Ansgar Hörsting (Witten) und der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden, Frieder Boller (Ingolstadt), ihre „große Besorgnis“ zum Ausdruck, dass das militärische Eingreifen Deutschlands bei internationalen Konflikten immer selbstverständlicher erscheine und die gesetzlich festgelegte restriktive Rüstungsexportpolitik aufgeweicht zu werden drohe. Auch bemängelten die zehn Mitglieds- und vier Gastkirchen der VEF die Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundeswehr und den Kultusministerien einiger Bundesländer.

„Waffenlieferungen in Krisengebiete und auch Waffenlieferungen und Lizenzvergaben, durch die in Kauf genommen wird, dass Waffen in Krisengebiete gelangen, dürfen nicht sein“, heißt es in dem Brief an die Bundeskanzlerin. Das Grundgesetz mit seinen diesbezüglichen Richtlinien gelte es zu achten und anzuwenden. „Ein Paradigmenwechsel deutscher Politik ist unseres Erachtens rechtswidrig“, betonten Hörsting und Boller. Das Parlament müsse rechtzeitig in die jeweiligen Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Statt Wege der Gewaltfreiheit zu beschreiten, habe Deutschland begonnen, sich an Kriegshandlungen zu beteiligen, bemängeln die Freikirchen. Sogenannte „out-of-area“-Einsätze der Bundeswehr würden entgegen dem Geist des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vermehrt als selbstverständliche, legitime politische Mittel angesehen. Überlegungen zu einer gewaltfreien, nachhaltigen Konfliktbearbeitung und -lösung erschienen dabei zweitrangig. Die VEF bedauere, dass die Impulse der ost- und westdeutschen Friedens- und Freiheitsbewegungen vergangener Jahre nur eine geringe politische Aufnahme erfahren hätten. Statt Wege der Gewaltfreiheit zu beschreiten, habe Deutschland begonnen, sich an Kriegshandlungen zu beteiligen.



Auch die Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundeswehr und den Kultusministerien einiger Bundesländer, Unterricht durch die Bundeswehr gestalten zu lassen, könnten die evangelischen Freikirchen nicht gutheißen. Im Rahmen dieser politischen Schulbildung solle eine Sicherheitspolitik akzeptiert werden, die den Einsatz militärischer Gewalt als selbstverständlich vorsehe. Dadurch könne sich bei Schülern und Schülerinnen der Eindruck festigen, Gewalt sei grundsätzlich, also auch für die eigenen alltäglichen Streitigkeiten ein angemessenes Mittel. Das stehe im krassen Widerspruch zu freikirchlichen Vorstellungen einer Friedenserziehung, „zu lernen und zu akzeptieren, auch in bedrohlichen Situationen auf dem Weg der Gewaltfreiheit zu bleiben und auf dessen versöhnende Wirkung zu vertrauen“. Es sei dringend notwendig, „dass unsere Kinder und auch wir als Gesellschaft nicht zum Krieg sondern zum Frieden erzogen werden müssen“.

Die Vereinigung Evangelischer Freikirchen wurde 1926 gegründet und vertritt etwa 260.000 evangelische Christen in Deutschland. Die VEF wird von einem Vorstand geleitet, dessen Präsident Präses Ansgar Hörsting vom Bund Freier evangelischer Gemeinden ist. Der offene Brief der VEF an Bundeskanzlerin Angela Merkel ist im Internet unter [www.vef.de](http://www.vef.de) zu finden.

(2.930 Zeichen)

### **Zahlreiche Probleme für Kriegsdienstverweigerer in Europa**

#### **Pfarrer Friedhelm Schneider neuer Vorsitzender des EBCO**

Bonn, 19.12.2011/APD Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (EBCO) hat Pfarrer Friedhelm Schneider (Speyer) während seiner Mitgliederversammlung in St. Petersburg/Russland einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Die von den europäischen Institutionen anerkannte Nichtregierungsorganisation setzt sich europaweit für die freiheitliche Ausgestaltung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung ein. Ihr gehören Mitgliedsverbände aus 20 Ländern an.

Im Vorstand vertritt Schneider, der die Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Pfälzischen Landeskirche leitet, die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) mit Sitz in Bonn. Zugleich nimmt er die Kontakte zum Europarat wahr, wo er mit einer Reihe von Stellungnahmen an der Diskussion um menschenrechtskonforme Zivildienstregelungen in Griechenland, der Republik Moldau, Serbien, Russland, Armenien und der Türkei beteiligt war.

Laut Schneider bleiben trotz Aussetzung der Wehrpflicht in der Mehrzahl der europäischen Staaten zahlreiche Probleme für Kriegsdienstverweigerer bestehen. So sei die Inanspruchnahme des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung häufig auf Friedenszeiten beschränkt. Besonders Soldaten, die ihre Entscheidung für den Militärdienst revidierten, seien immer wieder massiven Repressionen ausgesetzt.

In seiner neuen Funktion als EBCO-Präsident appellierte Schneider an die türkische Regierung, sich der vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof angemahnten Einführung eines Zivildienstes ohne Strafcharakter nicht länger zu widersetzen.

(1.477 Zeichen)

### **„Christen in Pakistan Bürger zweiter oder dritter Klasse“**

Berlin, 19.12.2011/APD Die römisch-katholische Deutsche Bischofskonferenz (DBK) hat im Jahr 2003 die Initiative „Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen“ ins Leben gerufen, informierte der Bamberger Erzbischof Dr. Ludwig Schick, Vorsitzender der Kommission Weltkirche der DBK. Sie wolle damit die Aufmerksamkeit von Kirchengemeinden und Öffentlichkeit stärker auf die Situation jener Christen lenken, deren Menschenrechte eingeschränkt und missachtet würden. Deshalb werde jährlich vom Internationalen Katholischen Missionswerk missio eine Arbeitshilfe mit einer wechselnden Schwerpunktregion veröffentlicht. Diesmal gehe es um die Situation in Pakistan.

Christen seien dort im Alltag vielfältigen Diskriminierungen und Benachteiligungen ausgesetzt. Sie fühlten sich zu Recht als Bürger zweiter oder dritter Klasse, denn viele der Benachteiligungen seien in der Islamischen Republik Pakistan gesetzlich verankert. So könnten laut Schick beispielsweise nur Muslime Richter werden, oder die Aussage eines Christen habe vor Gericht schon formal weniger Gewicht als die eines muslimischen Bürgers. Ein besonderes Problem stelle die sogenannte Blasphemiegesetzgebung dar. Es handele sich dabei um Artikel 295 des pakistanischen Strafgesetzbuches, der unter anderem die Zerstörung oder Schändung religiöser Stätten, die Schändung des Koran und die Schmähung des Propheten Mohammed unter harte Strafen stelle. Halte man sich vor Augen, dass die Schmähung des Propheten mit der Todesstrafe und die Schändung des Korans mit lebenslanger Haft geahndet werden könnten, erkenne man die für die Angeklagten erschreckende Situation. Aber auch die Angeklagten, die vom Vorwurf der Blasphemie freigesprochen würden, seien nicht sicher. Die meisten suchten ihr Heil in der Flucht aus Pakistan, da sie andernfalls der Bedrohung durch religiöse Eiferer kaum entgehen könnten.

Erzbischof Schick wies darauf hin, dass die allgemeine Benachteiligung nicht allein Christen in Pakistan treffe. Hindus und andere religiöse Minderheiten seien von der religiösen Intoleranz und Gewalt ebenso betroffen wie manche islamische Gruppe, die nicht zur Hauptströmung des Islam in Pakistan gehöre. Außerdem dürfe nicht unerwähnt bleiben, dass die Christen in weiten Teilen des Landes unbehelligt leben und arbeiten könnten. Auch bestehe weitestgehend Freiheit des Kultes, sodass es Christen überall erlaubt sei, Gottesdienst in ihren Kirchen zu feiern. Allerdings lebten die Christen, wie alle religiösen Minderheiten, in einer ständigen Rechtsunsicherheit und in der Angst vor Übergriffen und Beschuldigungen.

Nach Prälat Dr. Klaus Krämer, Präsident von missio in Aachen, seien von den 187 Millionen Einwohnern Pakistans 97,5 Prozent Muslime und nur zwei Prozent Christen. Dazu kämen als weitere nicht-muslimische Minoritäten Baha'i (79.000), Sikhs (20.000) und Parsen/Zoroastrier (20.000). Die Christen seien je zur Hälfte römisch-katholisch und protestantisch. Bei den Protestanten sei die wichtigste Religionsgemeinschaft die Church of Pakistan. Dazu kämen die Freikirchen, wie Baptisten, Siebenten-Tags-Adventisten und die Heilsarmee.

Die Verfassung der Islamischen Republik Pakistan garantiere, so Krämer, jedermann im Rahmen einer islamischen Ordnung das Recht, seine Religion zu bekennen, zu praktizieren und zu propagieren. Jede Religionsgemeinschaft habe das Recht, religiöse Einrichtungen zu unterhalten. „Tabu war schon immer und ist auch heute einzig die Missionierung von Muslimen.“ Jedoch sei das Blasphemiegesetz heute das größte Problem für die Christen in Pakistan. Bei entsprechender Anwendung könne man das Gesetz problemlos missbrauchen, um persönliche Rache zu üben oder „offene Rechnungen“ zu begleichen. Schon der von einer minderjährigen Schülerin falsch geschriebene Name des Propheten reiche für ein Verfahren aus, das mit der Todesstrafe enden könne. Die Lage verschärfe sich aufgrund des allgemeinen Klimas im Land, das von islamischen Fundamentalisten bestimmt werde.

Der jetzt von missio herausgegebene „Länderbericht Religionsfreiheit: Pakistan“ werde durch frühere Länderberichte über die Lage der Religionsfreiheit in Ägypten, Jordanien, Marokko, Tunesien und der Türkei ergänzt. „Die freie Ausübung der Religion ist ein Menschenrecht, das derzeit in vielen Ländern bedroht ist“, betonte Krämer. Die Länderberichte können im Internet unter [www.dbk.de/verfolgte-bedraengte-christen](http://www.dbk.de/verfolgte-bedraengte-christen) bei „Information“ heruntergeladen werden.

Bischof Sebastian Francis Shaw, Apostolischer Administrator der Erzdiözese Lahore in Pakistan, gab zu bedenken: „Die Religion hat in Pakistan große Macht über die Menschen. Die Prediger in den Moscheen gelten vielen als ultimative Instanzen. Ihnen widerspricht man nicht.“ Er forderte deshalb die pakistanische Regierung dazu auf, die Imame stärker unter eine behördliche Aufsicht zu stellen. Prediger, die zur Gewalt gegen Minderheiten aufriefen, müss-

ten nach den geltenden Gesetzen zur Rechenschaft gezogen werden. Außerdem müsse die internationale Gemeinschaft den Druck auf die Regierung Pakistans erhöhen, um den religiösen Minderheiten zu mehr Gleichberechtigung zu verhelfen. „Diskriminierende Gesetze und Vorschriften müssen reformiert werden“, sagte Shaw. Nur so könne die Harmonie zwischen den Religionen in Pakistan gefördert werden. (4.630 Zeichen)

### **Gleiche finanzielle Ausstattung für alle Freiwilligendienste**

#### **Freiwilliges Soziales Jahr eine „Erfolgsgeschichte“**

Hannover, 19.12.2011/APD Für die bestehenden Jugendfreiwilligendienste und den neuen Bundesfreiwilligendienst sollten gleiche Rahmenbedingungen gelten. Das betonte der Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, Prälat Bernhard Felmberg, während der „Gesamtkonferenz Evangelische Freiwilligendienste“ in Berlin. Er machte darauf aufmerksam, dass im Zuge der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes auch dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) „erhebliche Gelder“ zur Verfügung gestellt worden seien. Allerdings sei darauf zu achten, so Felmberg, dass auch künftig eine gleiche finanzielle Ausstattung der beiden Dienstformen gewährleistet werde. „Gleiche Rahmenbedingungen und gemeinsame Werbung sind Themen, die wir gemeinsam mit dem Diakonischen Werk der EKD und der Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend weiterhin aufmerksam begleiten werden.“

Die Entstehung und Entwicklung des Freiwilligen Sozialen Jahres bezeichnete der Bevollmächtigte als „Erfolgsgeschichte“. Diese sei 1954 durch evangelische Einrichtungen begründet worden und habe im Laufe der Jahre immer mehr junge Menschen angezogen. „Während 2006 rund 100.000 Freiwillige in Diakonie und Evangelischer Jugend verzeichnet wurden, sind es heute bereits nahezu 140.000.“

Maßgeblich für den Erfolg der Freiwilligendienste seien deren Strukturen und Rahmenbedingungen, betonte Felmberg. „Ein entscheidendes Moment dabei ist das Trägerprinzip. Die Träger sorgen mit ihrer Arbeit verlässlich dafür, dass der Dienst für alle Beteiligten ein Gewinn ist.“ Der Bevollmächtigte des Rates forderte, dass sowohl die bestehenden Jugendfreiwilligendienste als auch der Bundesfreiwilligendienst „als Bildungs- und Orientierungsdienste gestärkt und ausgebaut“ werden müssten. Auch der Bundesfreiwilligendienst solle eine individuelle, durch den jeweiligen Träger verantwortete Begleitung der Freiwilligen während der gesamten Dienstzeit ermöglichen. Diesem Anspruch entsprechend hätten hohe Qualitätsstandards für beide Dienstformen zu gelten. (1.976 Zeichen)

### **Online-Ausstellung „Evangelischer Widerstand in der NS-Zeit“**

Hannover, 19.12.2011/APD Der Widerstand evangelischer Christen im Nationalsozialismus und die Frage nach dem Zusammenhang von Glaube und Widerstand sind seit den 1980er Jahren vermehrt Gegenstand der Forschung. Dabei stehen nicht mehr wie bis in die 1960er Jahre hinein die Bekennende Kirche und ihre exponierten Vertreter im Vordergrund der Forschungsergebnisse. Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte hat deshalb mit einer Internetausstellung auf die veränderten Bedingungen reagiert, unter denen sich das Erinnern und Forschen in Bezug auf die NS-Zeit heute vollzieht. Das Ergebnis ist unter [www.evangelischer-widerstand.de](http://www.evangelischer-widerstand.de) die Online-Ausstellung „Widerstand!? Evangelische Christinnen und Christen im Nationalsozialismus“ .

Sie gliedert sich in vier Bereiche: „Zeiten“ beleuchten die Vor- und Rezeptionsgeschichte des Widerstands sowie die vier Phasen zwischen 1933 und 1945, in denen einzelne Christinnen und Christen auf vielfache Weise ihren Widerstand zum Ausdruck gebracht haben. Denn Rahmenbedingungen, Ursachen, Träger, Formen und Ziele des Widerstandsverhaltens veränderten sich im Laufe des „Dritten Reiches“. Der Bereich „Regionen“ untermauert die

regional-lokale Verankerung einzelner Aktivitäten christlichen Widerstandes. Ab 2012 wird hier die Geschichte des evangelischen Widerstandes in einzelnen Landeskirchen dokumentiert und zu überregionalen Entwicklungen in Bezug gesetzt. Der Bereich „Menschen“ beleuchtet die Lebensgeschichte einzelner Personen des Widerstands, ihre persönlichen Entscheidungssituationen sowie deren biografische Folgen. Der vierte Ausstellungsbereich „Grundfragen“ gibt Anstöße, um über die Bedeutung des christlichen Glaubens für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus nachzudenken. Dabei gelte laut Aussteller zu bedenken, dass der damalige Konflikt zwischen Kirche und NS-Staat, zwischen Kirchengemeinden und Gesellschaft sowie zwischen dem Einzelnen und der begeisterten oder angepassten Mehrheit auch für die heutige Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Religion von grundsätzlicher Bedeutung sei. (1.905 Zeichen)

### **3. Ökumenischer Kirchentag im Jahr 2019 geplant**

Fulda/Bonn, 19.12.2011/APD Der 3. Ökumenische Kirchentag soll im Jahr 2019 stattfinden. Vertreter des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentages und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken hätten sich bei einer Zusammenkunft in Fulda verständigt, das ihren Gremien vorzuschlagen. Ort und Termin stünden noch nicht fest. Bis zum Jahr 2017 sollten die Kirchen- und Katholikentage als Schritte zu dem Großereignis eine starke ökumenische Prägung haben, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung der beiden Organisationen. Darüber hinaus solle es im Jahr 2017 eine große ökumenische Veranstaltung geben, wenn sich zum 500. Mal die Veröffentlichung der 95 Thesen Martin Luthers jähre.

Ökumenische Kirchentage fanden als gemeinsame Veranstaltungen des Deutschen Evangelischen Kirchentags und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken bislang 2003 in Berlin und 2010 in München statt. Evangelischer Kirchentag und Katholikentag sind Laienbewegungen, die in der Vergangenheit bedeutende Impulse für die Entwicklung ihrer Kirchen gesetzt haben. Der Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Dr. Stefan Vesper, schlug beim letzten Ökumenischen Kirchentag vor, die Kirchentagsbewegung künftig nicht nur als Gemeinschaft der beiden großen Kirchen zu verstehen, sondern auch kleinere Kirchen einzubeziehen. Adventisten, Baptisten und weitere Freikirchen seien in diesem Zusammenhang genannt worden. (1.276 Zeichen)

### **Am besten ist es, gar keinen Alkohol zu trinken**

#### **Je mehr Alkohol umso höher das Krebsrisiko**

Bonn, 19.12.2011/APD Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) weist darauf hin, dass Männer nicht mehr als 20 und Frauen nicht mehr als zehn Gramm Alkohol pro Tag aufnehmen sollten. Zehn Gramm Alkohol steckten in einem „Drink“, zum Beispiel ein Glas Bier, Wein oder Schnaps. Würde diese Menge nicht überschritten, wären zahlreiche Krebsfälle vermeidbar. Bei Männern könnten 90 Prozent und bei Frauen 50 Prozent der alkoholbedingten Krebskrankheiten und Krebstodesfälle verhindert werden. Das seien etwa 720.000 Krankheits- und 430.000 Todesfälle weltweit. Zur Krebsprävention wäre es also am besten, gar keinen Alkohol zu trinken.

Dieses Fazit zögen die Autoren einer aktuellen Übersichtsarbeit. Sie fassten Ergebnisse von Meta-Analysen zu den Krebskrankheiten zusammen, für die Alkohol als Risikofaktor gelte. Im Vergleich zum Verzicht oder zu gelegentlichem Trinken sei starkes Trinken mit einem besonders hohen Risiko für Mund-, Rachen- und Speiseröhrenkrebs verbunden: Täglich vier oder mehr Drinks erhöhten das Risiko um 400 Prozent. Das Risiko für Kehlkopfkrebs sei etwa um 150 Prozent, das für Dickdarm- und Brustkrebs um 50 Prozent und für Bauchspeicheldrüsenkrebs um 20 Prozent erhöht. Auch bei geringem Alkoholkonsum von einem Drink pro Tag sei das Risiko für bestimmte Krebskrankheiten höher, und zwar um 20 bis 30 Prozent für Mund-, Rachen- und Speiseröhrenkrebs. Das Risiko für Leberkrebs wäre ebenfalls erhöht.

Bei allen untersuchten Krebslokalisationen bestehe eine Dosis-Wirkungsbeziehung: Je mehr getrunken werde, desto höher steige das Risiko. Das Brustkrebsrisiko beispielsweise steige pro zehn Gramm Alkohol pro Tag um jeweils sieben Prozent. (1.507 Zeichen)

## International

### Leitungspositionen für Frauen bei Adventisten in Nordamerika und Europa

Silver Spring/USA, St. Albans/Großbritannien, 19.12.2011/APD Ungeachtet der negativen Entscheidung des Exekutivausschusses der adventistischen Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) Anfang Oktober, bekräftigten die Mitglieder des Exekutivausschusses der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Nordamerika (NAD) am 31. Oktober, an ihrer im Jahr 2010 eingeführten Praxis festzuhalten: Auf dem Gebiet der Nordamerikanischen Kirchenverwaltung dürfen auch nichtordinierte Personen in die Leitungsposition eines „Vereinigungsvorstehers“ gewählt werden, berichtete der Onlinedienst „Adventisten heute“. Dieser Beschluss der Delegierten der Nordamerikanischen Kirchenregion sei mit 162 zu 61 Stimmen gefasst worden.

Zwei Wochen später, am 16. November, befassten sich die Mitglieder des Exekutivausschusses der Länder, die zur Trans-Europäischen Division (TED) der Kirche gehören, ebenfalls mit dem Thema, Frauen in ihrem Kirchenverwaltungsgebiet als Präsident einer „Vereinigung“ oder eines „Verbandes/Union“ wählen zu können. Sie bedauerten die Ablehnung ihres Antrags durch den Exekutivausschuss der Weltkirchenleitung, denn die Siebenten-Tags-Adventisten lehrten gemäß der Heiligen Schrift das „allgemeine Priestertum“ und somit die Tatsache, dass „der Heilige Geist Frauen und Männer mit unterschiedlichen Gaben beruft und ausstattet, zu denen auch die Gabe der Leitung (leadership) gehört“. Für viele Adventisten im Bereich der TED sei dies ein ethisches sowie auch ein rechtliches Anliegen, das ihr Gewissen stark berühre, heißt es im TED-Sitzungsbericht.

91 Prozent der Delegierten des Exekutivausschusses der Trans-Europäischen Region votierten in geheimer Abstimmung dafür, dass jede nationale Kirchenverwaltung das Recht habe, Frauen und Männer gleich zu behandeln. Es könnten damit sowohl ordinierte Pastoren, wie auch Personen mit einer Beauftragung für geistliche Aufgaben, also auch Frauen, für die Leitungsposition eines Vereinigungs- oder Verbandsvorstehers im TED-Kirchenverwaltungsgebiet gewählt werden.

Die Nordamerikanische und die Trans-Europäische Kirchenverwaltung der Adventisten sind mit diesen Beschlüssen nicht mehr in Übereinstimmung mit ihrer Weltkirchenleitung, die keine nicht ordinierten Personen in derartige Leitungspositionen zulässt. In einem mehrjährigen globalen Prozess soll bis 2015 kirchenintern die Ordinationsfrage an Hand der Aussagen der Bibel geklärt werden.

Pastor Dr. Bertil Wiklander, Präsident der TED, unterstrich die Bemühungen, sich in seinem Kirchenverwaltungsgebiet für Frauen als Pastorinnen und Führungskräfte einzusetzen. Außerdem wolle er gemeinsam mit anderen Kirchenleitern seiner Region nach Möglichkeiten suchen, „die Frauen zu befähigen und zu unterstützen, die der Heilige Geist deutlich in Leitungsaufgaben beruft“, betonte Wiklander.

Zum Nordamerikanischen Kirchenverwaltungsgebiet (NAD) der Adventisten gehören 1,12 Millionen erwachsen getaufte Adventisten in Kanada und den USA sowie auf Bermuda, der Johnston Insel, den Midway- und einigen weiteren Pazifikinseln.

Zum Trans-Europäischen Kirchenverwaltungsgebiet (TED) zählen rund 82.000 Adventisten in Albanien, Bosnien-Herzegowina, Dänemark, Estland, Färöer Inseln, Finnland, Griechenland, Grönland, Großbritannien, Irland, Island, Kanalinseln, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Montenegro, Niederlande, Norwegen, Polen, Schweden, Serbien, Slowenien, Ungarn und Zypern.

Die Adventisten sind als weltweite Kirche folgendermaßen organisiert: Mehrere Ortsgemeinden bilden eine „Vereinigung“ (etwa Deutschschweizerische Vereinigung) und mehrere Vereinigungen einen „Verband“ (etwa Norddeutscher Verband). Die Verbände, auch „Unionen“ genannt, vereinigen sich in der „Generalkonferenz“ als Weltkirchenleitung, die für geografische Gebiete auf kontinentaler Ebene Abteilungen, „Divisionen“ genannt, unterhält. Zurzeit gibt es weltweit 575 Vereinigungen, 114 Verbände und eine Generalkonferenz mit 13 Divisionen. Jede Division hat eine eigene Kirchenleitung samt Exekutivausschuss.

Frauen können nach ihrem Theologiestudium in der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten zwar als Pastorin „gesegnet“ werden und damit fast alle Amtshandlungen, wie Taufe, Abendmahl, Trauung und Beerdigung, vornehmen; doch ordiniert werden nur männliche Geistliche. Während die Ordination von Pastoren weltweit innerhalb der Freikirche Gültigkeit hat, können Frauen als Pastorinnen nur in den Gebieten wirken, die zu einer Kirchenleitung gehören, welche die Segnung vornahm. Die Weltsynoden der Adventisten 1990 in Indianapolis/USA und 1995 in Utrecht/Niederlande hatten die Ordination von weiblichen Geistlichen mehrheitlich abgelehnt. Die Zulassung von Frauen, die als ordinierte Pastorinnen amtieren, ist außerhalb von Nordamerika, Westeuropa, China und Australien/Ozeanien, wo nur etwa 13 Prozent der weltweit rund 17 Millionen erwachsen getauften Mitglieder leben, äußerst umstritten.

(4.358 Zeichen)

#### **USA: Aufgebrachte religiöse Gemeinschaften ziehen Geld bei Großbanken ab**

Los Angeles, Kalifornien/USA, 19.12.2011/APD Eine kleine, aber wachsende Zahl von religiösen Gemeinschaften in den USA ziehe ihr Geld von Wall-Street-Banken ab, um damit gegen die aus ihrer Sicht unfairen Zwangsversteigerungen von Wohnhäusern zu protestieren und gegen die Weigerung der Großbanken, kleinen Unternehmen Kredit zu geben, wie der Religious News Service (RNS) meldete. Eine Koalition von Gemeinden, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Einzelpersonen habe die „Move Our Money“-Kampagne gegründet, mit der eine Milliarde US-Dollar von den Großbanken zu lokalen oder Genossenschaftsbanken transferiert werden solle, so RNS.

„In gewisser Weise haben die Banken unsere Gemeinden, vor allem Gemeinden von Farbigen, beraubt“, sagte Ryan Bell, Pastor der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Los Angeles. „Im Grunde sagen wir der Bank of America mit der Kampagne, dass sie in unsere Gemeinwesen investieren soll, und solange sie dies nicht tut, legen wir unser Geld auch nicht mehr bei ihr an“, unterstrich der Geistliche. Laut RNS sei Pastor Bells Freikirche eine von sechs christlichen Kirchen im Raum von Los Angeles, die gemeinsam zwei Millionen US-Dollar von der Bank of America und Wells Fargo im Rahmen der Kampagne von den Großbanken abzögen.

„Ich beteilige mich, weil es für mich eine der großen ethischen Fragen unserer Generation ist, wie wir unsere Gemeinwesen aufbauen“, sagte Rabbi Michael Latz, Leiter einer progressiv jüdischen Gemeinde in Minneapolis/Minnesota, der mit jüdischen Aktivisten Diskussionen über eine verantwortbare Bankenpolitik führte. „Als religiöser Leiter habe ich begriffen, dass sich unser Engagement primär immer auf die Schwächsten unter uns richten muss“, so der Rabbi.

Die Kampagne habe laut Religious News Service Startschwierigkeiten gehabt, was sich aber nach einer landesweiten Versammlung von Geistlichen in New Orleans/Louisiana umgehend

geändert habe, denn Christen, Juden und Muslime hätten dort gemeinsam angekündigt, weitere einhundert Millionen US-Dollar neu anzulegen.

Laut der Website der „Move Our Money“-Kampagne seien bis zum 8. Dezember 55 Millionen US-Dollar von Groß- zu Lokalbanken transferiert worden, was angesichts der riesigen Bilanzsumme der US-Großbanken nicht wirklich viel sei.

Wie RNS mitteilte, nehme die Kampagne die Bank of America, Wells Fargo und JPMorgan Chase ins Visier, weil diese den Haus- und Wohnungsbesitzern bei Umschuldungen ihrer Hypotheken nicht helfen und damit vor Liegenschaftsverpfändungen bewahren würden und kleinen Unternehmen nur äußerst restriktiv Kredite gewährten. Zudem würden diese Großbanken die Entrichtung der Bundessteuer vermeiden, indem sie ihre Vermögenswerte im Ausland parkten, obwohl jede dieser Banken bei den Rettungsaktionen der US-Bundesregierung Milliarden von den Steuerzahlern erhalten habe. (2.498 Zeichen)

### **Evangelisch-theologische Abschlüsse in Spanien staatlich anerkannt**

Madrid/Spainien, 19.12.2011/APD Am 11. November genehmigte laut Onlinedienst „Adventisten heute“ der spanische Ministerrat das königliche Dekret zur Anerkennung von Universitätsabschlüssen theologischer Fakultäten, die zum Bund der evangelischen Kirchen Spaniens (FEREDE) gehören. Neben der Adventistischen Theologischen Fakultät (Sagunto, Valencia) sind das die Theologische Fakultät der spanischen Baptisten UEBE (Alcobendas, Madrid), die Theologische Fakultät CSTAD der Versammlung Gottes (La Carlota, Córdoba) sowie die beiden überkonfessionellen Einrichtungen, die Internationale Theologische Fakultät IBSTE (Castelldefels, Barcelona) und die Theologische Fakultät SEUT (El Escorial, Madrid).

Evangelisch-theologische Ausbildungsstätten gibt es in Spanien seit über 100 Jahren. Deren Abschlüsse wurden jedoch bisher nicht staatlich anerkannt. Marcos Abbot, Dekan von SEUT, würdigte das Dekret als einen sehr wichtigen historischen Schritt, der dazu beitrage, evangelische Christen in Spanien als Teil der Gesellschaft anzuerkennen.

„Das ist ohne Zweifel der wichtigste Erfolg der protestantischen Welt in Spanien seit der Unterzeichnung des Abkommens zwischen dem spanischen Staat und der FEREDE im Jahr 1992“, meinte Miguel Ángel Roig, Dekan der Adventistischen Theologischen Fakultät und Sekretär der FEREDE-Kommission für die Anerkennung der protestantischen theologischen Studienzentren und Abschlüsse. „Der Königliche Erlass ist nicht nur für die Institutionen, deren Studienabschlüsse nun akkreditiert worden sind, äußerst wichtig, sondern bedeutet auch einen beachtlichen Schritt hin zur demokratischen Normalität in einem Land, in dem die Religionsfreiheit schwere Hindernisse überwinden musste, um sich durchzusetzen. Wir vertrauen darauf, dass es weitere bedeutende Schritte in diese Richtung geben wird.“

Durch die Anerkennung werde die eigene Identität der verschiedenen Institutionen in keiner Weise angetastet, auch ändere sich nichts an den bisherigen Zulassungsvorschriften, den dogmatischen Schwerpunkten und der Pastorenausbildung, versicherte Roig. Mit dem nun anerkannten Abschluss könne jeder Student in einer spanischen oder ausländischen Universität als Master in Theologie (M.A.) postgraduieren und auch promovieren. Im Falle der Adventistischen Theologischen Fakultät würden der Bachelor- (B.A.) und auch der Master-Abschluss in Theologie anerkannt.

Der Bund der evangelischen Kirchen Spaniens FEREDE (Federación de Entidades Religiosas Evangélicas de España), dem sich die meisten evangelischen (Frei-)Kirchen Spaniens angeschlossen haben, entstand aus der 1956 gegründeten Comisión de Defensa Evangélica, die sich um die Verteidigung der Religionsfreiheit der evangelischen Christen kümmerte. Als 1982

die Verhandlungen für ein Kooperationsabkommen zwischen dem spanischen Staat und den Protestanten begannen, verlangte die Regierung die Gründung einer juristischen Institution als Verhandlungspartner. Vier Jahre später, am 20. Februar 1986, wurde die FEREDE für diese Aufgabe gegründet und 1992 das Kooperationsabkommen mit dem spanischen Staat unterschrieben.

Die staatliche Anerkennung der theologischen Abschlüsse ist eines der Anliegen, für die sich die FEREDE erfolgreich eingesetzt hat. Ein noch anstehendes Thema ist beispielsweise die Anerkennung der vom Staat geschuldeten Pensionszahlungen an die protestantischen Pastoren und Pastorenwitwen, die bis zum Jahr 1999 keine finanziellen Beiträge zur Sozialversicherung leisten konnten. Eine diesbezüglich beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg eingereichte Klage wurde angenommen. Der spanische Staat muss sich demnächst dazu vor dem Gerichtshof äußern.

Von den 40,8 Millionen Einwohnern Spaniens sind über 90 Prozent Katholiken und nur 0,3 Prozent, etwa 120.000, Protestanten. Zur Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten gehören in Spanien knapp 16.000 erwachsen getaufte Mitglieder in 107 Gemeinden.

(3.482 Zeichen)

### **US-Bariton bringt Hoffnung in slowenisches Gefängnis**

Ljubljana/Slowenien, 19.12.2011/APD Auf Einladung des slowenischen EU-Parlamentariers Lojze Peterle besuchte der nordamerikanische Sänger und adventistische Pastor Wintley Phipps ein Gefängnis in Dob, 15 Kilometer nordöstlich der slowenischen Hauptstadt Ljubljana. Mit seinem gewaltigen Bariton habe er Gefangenen, deren Familien, dem Gefängnispersonal und Gästen aus Politik und Kirche bekannte Negrospirituals sowie Kirchenlieder vorgetragen, wie „AdventPress“ mitteilte.

Die Botschaften seiner Songs und die kurzen Präsentationen dazwischen hätten alle mit Hoffnung erfüllt, sagte Gefängnisdirektor Joze Podržaj in seiner Dankesrede. „Es war ein inspirierender Besuch eines besonderen Menschen, der sich für diejenigen einsetzt, die Ermutigung am meisten brauchen“, unterstrich EU-Parlamentarier Peterle.

Phipps reiste gemeinsam mit seiner Frau Linda von Brüssel an, wo er am 2. Dezember beim jährlich stattfindenden Gebets-Frühstück vor rund 250 Personen gesungen hatte. Die Veranstaltung werde für EU-Parlamentarier, Mitarbeiter in EU-Institutionen, Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen und Geschäftsleute durchgeführt, für die der christliche Glaube im Zentrum ihrer Arbeit stehe, wie die Organisatoren des Frühstücks betonten. (1.138 Zeichen)

### **Gouverneur setzt alle Hinrichtungen in Oregon aus**

Washington, D.C./USA, 19.12.2011/APD Der Gouverneur von Oregon/USA, John Kitzhaber, kündigte in einer Erklärung den Stopp aller Hinrichtungen in seinem Bundesstaat an, wie das Informationszentrum Todesstrafe DPIC (Death Penalty Information Center) berichtete.

„Ich bin überzeugt, dass wir eine bessere Lösung finden, welche die Gesellschaft schützt, die Opfer von Straftaten und deren Familien unterstützt und in der sich die Werte Oregons wiederfinden“, betonte Kitzhaber. „Ich weigere mich, weiterhin Teil dieses demütigenden und ungerechten Systems zu sein“, betonte der Mediziner, „und ich werde keine weiteren Hinrichtungen zulassen, solange ich Gouverneur bin.“

Laut DPIC stoppte das verkündete Moratorium auch die Hinrichtung von Gary Haugen, einem Häftling, der keine Berufung eingereicht und am 6. Dezember hätte getötet werden sollen.



Er habe sich zu diesem Schritt auf Grund persönlicher Überzeugung hinsichtlich der Todesstrafe entschieden, erläuterte Kitzhaber, aber auch, „weil Oregon ein teures, nicht wirklich umsetzbares System praktiziert, das die grundlegenden Normen der Gerechtigkeit nicht erfüllt.“

John Kitzhaber ist Mitglied der Demokratischen Partei und war bereits von 1995 bis 2003 Gouverneur von Oregon. Er hat dieses Amt seit Januar 2011 wieder inne. (1.148 Zeichen)

## **ADRA – Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe**

### **Brotbacken für eine bessere Zukunft**

#### **Weiteres ADRA-Projekt in der Mongolei**

Weiterstadt bei Darmstadt, 19.12.2011/APD In der Mongolei lebe etwa ein Drittel der Bevölkerung von weniger als einem Euro am Tag, teilte die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland mit. Besonders in den weit von der Hauptstadt Ulaanbaatar entfernten Provinzen Zavkhan und Selenge sei die Armut groß. Dort führe ADRA ein vierjähriges Projekt in 30 Dorfgemeinschaften durch, um den Menschen ein geregeltes Einkommen zu ermöglichen.

Ein Großteil der Dorfbewohner in Zavkhan und Selenge lebe von der Viehhaltung. Bei winterlichen Tagestemperaturen von bis zu minus 45 Grad wäre jedoch in der Vergangenheit immer wieder ein Großteil der Tiere gestorben und somit eine wichtige Nahrungs- und Einkommensquelle der Dorfbewohner verlorengegangen. Aufgrund mangelnder Perspektiven wären viele junge Dorfbewohner in die Hauptstadt abgewandert, um dort ihr Glück zu versuchen. Doch ohne abgeschlossene Ausbildung hätten sie auch dort einen schweren Stand.

Mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union habe ADRA Deutschland bereits 2008 acht Kooperativen in der Mongolei gegründet, sodass die Dorfbewohner mit Unterstützung der Kommunalverwaltung in der Landwirtschaft arbeiten könnten. Die Menschen nähmen ihre neuen Aufgaben sehr ernst und lernten den Anbau und Umgang mit verschiedenen Gemüsesorten. Der Bau von Gewächshäusern, in denen auch Gurken, Tomaten, Rettich, Rote Beete, Weiße Rüben, Zwiebeln und Paprika zu finden seien, mache die Arbeit wetterunabhängiger. Der zunehmende Konsum von Gemüse wirke sich auch positiv auf die Gesundheit der Dorfbewohner aus. Aufgrund neuer Perspektiven habe die Abwanderung junger Menschen nachgelassen. Die Landbevölkerung fühle sich durch die Arbeit wieder gebraucht, und ihr Selbstwertgefühl sei zurückgekehrt.

Da langfristig die Landwirtschaft nur einen kleinen Teil möglicher Einkommensquellen darstelle, der zudem vom Wetter abhängig sei, arbeite ADRA in Zusammenarbeit mit den Kommunen an alternativen Einkommensquellen, um die wirtschaftliche Situation zu verbessern. Mit Unterstützung der Europäischen Union habe ADRA Deutschland daher im September ein weiteres, vierjähriges Projekt begonnen. 30 Dorfgemeinschaften mit 2.100 Bewohnern in den Provinzen Zavkhan und Selenge sollten dadurch eine bessere Zukunft haben. Das ADRA-Projekt diene als Modell für die umliegenden Kommunen. 70 Prozent der Begünstigten seien Frauen zwischen 35 und 45 Jahren. Insgesamt könnten 33.375 Familien auch indirekt durch die Arbeit von ADRA profitieren.

Einige Dorfbewohner lernten, wie man Brot backt, Jurten, Kleidung und Schuhe herstellt oder Felle verarbeitet. Durch neue Dienstleistungen werde nicht nur das Wissensspektrum der Bevölkerung erweitert, auch das wirtschaftliche Wachstum steige. Für die Menschen ergäben

sich neue Perspektiven für die Zukunft und eine zunehmende Unabhängigkeit von der bisher dominierenden Viehwirtschaft. (2.575 Zeichen)

### **Medizinische Betreuung für eintausend Roma-Familien in Albanien**

Silver Spring, Maryland/USA, 19.12.2011/APD Weil ihnen viele Grundrechte, wie Wohnen, Arbeit, Gesundheit und Bildung, nicht gewährt würden, gehörten die Roma zu den am meisten benachteiligten und diskriminierten Gemeinschaften in Europa, stellt die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA International fest. ADRA Albanien helfe deshalb schwerpunktmäßig den oft übersehenen Frauen und Kindern in den Roma-Gemeinschaften außerhalb der albanischen Hauptstadt Tirana mit einer mobilen Klinik.

Laut dem Hilfswerk biete die mobile Klinik ärztliche Behandlung und gebe Medikamente aus. Tipps zur Gesundheit sowie Gespräche mit Kindern und Angehörigen von Patienten stünden auch im Angebot. Da viele Krankheiten vermeidbar wären, werde während der Konsultation speziell auf Hygienemaßnahmen hingewiesen. Außerdem würden Fragen zur Ernährung, Prävention und Familienplanung angesprochen. Die Berichte der mobilen Klinik belegten als häufigste Krankheiten unter den albanischen Roma Bluthochdruck, Darmparasiten, Infektionen der oberen Atemwege, Asthma, Infektionen der Haut, Depressionen und Angstzustände, Geschwüre sowie Diabetes.

Die Lebensbedingungen vieler Roma-Gemeinschaften lägen unter dem Standard, berichtete ADRA. Dies könne variieren von Zelten über Pappkartonunterkünfte bis hin zu provisorischen Häusern. Kinder würden oft vom Schulbesuch abgehalten, um der Familie bei der Sicherung des Einkommens zu helfen. Sie sammelten gemeinsam mit Erwachsenen Alteisen und Kunststoffreste oder bettelten auf den Straßen. Traditionellerweise müsse das verdiente Geld dem Familienpatriarchen abgegeben werden, der es häufig für Alkohol, Tabak oder Glücksspiel ausbebe.

Sechs von zehn Roma-Kindern in Albanien würden schon vor Erreichen des fünften Geburtstags sterben, so ADRA. Die meisten von ihnen hätten nie einen Arzt aufgesucht. Das Hilfswerk wolle mit der mobilen Klinik die Roma-Gemeinschaften nicht nur medizinisch versorgen und in Präventionsfragen unterweisen, sondern auch Vorurteile in der Bevölkerung gegenüber den Roma abbauen. (1.847 Zeichen)

## **Medien**

### **Jugendliche hinterlassen deutliche Spuren im Internet**

#### **JIM-Studie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger**

Stuttgart, 19.12.2011/APD Zwei Drittel der Jugendlichen in Deutschland seien der Ansicht, zum Thema Datenschutz insgesamt gut oder sehr gut informiert zu sein. Allerdings spiegele sich diese subjektiv empfundene Kompetenz nicht bei allen im Handeln wider. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen gebe an, die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGBs) ihrer Community gar nicht gelesen zu haben. Drei Viertel von denjenigen, welche die AGBs zwar gelesen hätten, würden zugeben, diese jedoch nur überflogen zu haben. Das ist eines der Ergebnisse der JIM-Studie 2011 des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest (mpfs).

Die Möglichkeiten, im Internet über Communities, sogenannte soziale Netzwerke, zu kommunizieren und in Kontakt zu bleiben, würden von Jugendlichen wie selbstverständlich genutzt. Vier Fünftel nutzten diese Plattformen zumindest mehrmals pro Woche. Diese Angebote hätten

eine sehr hohe Alltagsrelevanz für Jugendliche. 57 Prozent der Internetnutzer loggten sich täglich in ihre Community ein, ein Großteil davon sogar mehrmals täglich. Am häufigsten würden Communities genutzt, um miteinander zu chatten und Nachrichten zu versenden. Die Auswahl der Jugendlichen bei sozialen Netzwerken beschränke sich auf wenige Anbieter, an erster Stelle stehe hier Facebook, das 72 Prozent der 12- bis 19-jährigen Onliner nutzten.

Sind Jugendliche im Netz unterwegs, hinterließen sie deutliche Spuren: 65 Prozent hätten ein eigenes Foto oder ein Video von sich hochgeladen. Zwei Fünftel hätten Bilder oder Filme von Freunden oder Familienangehörigen eingestellt. Die Angaben in der Community würden zunehmend vor dem Einblick Fremder geschützt. 79 Prozent hätten in ihrem Profil eine Privacy-Option eingestellt, die den Zugriff Dritter einschränkt.

Trotz der vielen persönlichen Daten in sozialen Netzwerken fühlten sich die meisten Jugendlichen mit ihren Daten bei ihrer Community gut aufgehoben. Zwei Drittel hätten Vertrauen in den Anbieter ihrer Plattform und betrachteten ihre Daten dort als sicher. Vergleicht man die meistgenutzten Angebote Facebook und schülerVZ, fühlten sich die Nutzer von schülerVZ mit ihren Daten dort deutlich sicherer. Insgesamt betrachtet nehme das Misstrauen gegenüber dem Anbieter bei älteren Jugendlichen zu: Jeder zweite der 18- und 19-jährigen Nutzer fühle sich mit seinen Daten in seiner Community nicht sicher.

Jugendliche Community-Nutzer hätten im Schnitt 206 „Freunde“, also andere Community-Mitglieder, mit denen sie verlinkt seien. Mit 96 Prozent würden fast alle Community-Nutzer angeben, die Freunde aus ihrem Profil auch persönlich zu kennen. Die Community spiegele also nach eigenen Angaben weitgehend die Strukturen der realen Welt wider.

Die Studienreihe JIM (Jugend, Information, [Multi-] Media) wird vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest seit 1998 gemeinsam mit dem Südwestrundfunk durchgeführt. Die repräsentative Studie bildet das Medienverhalten der 12- bis 19-Jährigen in Deutschland ab. Neben Daten zur Internetnutzung enthält die JIM-Studie Angaben zum Freizeitverhalten und Themeninteressen sowie Mediennutzungsdaten zu Fernsehen, Radio, Büchern, Computerspielen und Handy. Die JIM-Studie 2011 kann im Internet unter [www.mpfs.de](http://www.mpfs.de) heruntergeladen werden.

(2.884 Zeichen)

## Rundfunk/Fernsehen

### „Hope Channel“ auf „Super RTL“

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 19.12.2011/APD Ab dem 4. Januar 2012 sendet der „Hope Channel deutsch“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten wöchentlich eine halbe Stunde seines Programms zusätzlich auf dem Fernsehsender Super RTL. Der Kinder- und Familiensender Super RTL ist deutschlandweit über Antenne, Kabel und Satellit zu empfangen. Die „Hope Channel“-Sendungen werden jeden Mittwoch in der Zeit von 4.00 bis 4.30 Uhr auf Super RTL ausgestrahlt.

„Andere Produzenten von christlichen Fernsehsendungen haben mit diesem Sendeplatz gute Erfahrungen gemacht. Das ermutigt uns, es im Jahr 2012 auch auszuprobieren, zumal damit jeden Morgen ein christliches Programm auf Super RTL gesendet wird“, teilte Jörg Varnholt, Leiter des „Hope Channel TV“, mit.

(683 Zeichen)

### Engere Zusammenarbeit zwischen AWR und „Hope Channel Radio“

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 19.12.2011/APD Adventist World Radio (AWR) und das deutsche adventistische „Hope Channel Radio“ hätten eine langfristige und engere Zusammen-

arbeit vereinbart. Das teilte Pastor Matthias Müller, Leiter des Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ in Alsbach-Hähnlein, mit. Er hatte anlässlich eines Besuchs des Verwaltungszentrum der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Silver Spring, Maryland/USA, eine Unterredung mit dem Präsidenten von AWR, Pastor Dowell W. Chow. Ziel der Vereinbarung sei, das Programm von „Hope Channel Radio“ dem weltweiten Hörerkreis von AWR über dessen internationale Plattform zugänglich zu machen. Die technischen Details sollten im kommenden Jahr geklärt werden.

Adventist World Radio sendet zur Zeit in 107 Sprachen über Kurzwelle, UKW, Mittelwelle, Satellitenradio und Internet. Viele Sendungen sind auch als Audiodateien erhältlich, die im Internet heruntergeladen werden können (Podcasts). Schwerpunkt der Arbeit von AWR ist jedoch die Kurzwelle, wobei in 73 Sprachen Programme über die Kurzwellensender Wertachtal und Nauen/Deutschland, Moosbrunn/Österreich, Issoudun/Frankreich, Meyerton/Südafrika, Talata-Volonondry/Madagaskar, Taipei/Taiwan und Agat/Guam ausgestrahlt werden. Über die Satelliten Hotbird 6 (Europa/Nordafrika/Naher und Mittlerer Osten), Intelsat 706 (Afrika/Europa), VT Communications (Asien/Afrika/Europa) und NSS 806 (Lateinamerika/USA) sind ebenfalls AWR-Rundfunksendungen zu empfangen. AWR unterhält neben der Zentrale in Silver Spring/USA, die auch für Sendungen in Nord- und Südamerika zuständig ist, Regionalbüros in Bracknell/England (Europa/Afrika) sowie in Batam/Indonesien und Agat/Guam für den asiatischen Raum.

Zum rund um die Uhr Programm von „Hope Channel Radio“ gehören stündliche Nachrichten, das Wort zum Tag, der Kommentar zum Zeitgeschehen, das Jugendmagazin „Go7“, Talk-Radio live, Reportagen und die Musikwelt. Das laufende Radioprogramm kann auch über Telefon +49 (0) 6257 5065360 gehört werden. Die tägliche Andacht gibt es unter Telefon +49 (0) 931 663991973. „Hope Channel Radio“ wird zudem über den Satelliten ASTRA digital ausgestrahlt. Das Radioprogramm gibt es außerdem unter [www.hope-channel.de](http://www.hope-channel.de) als livestream und bestimmte Beiträge als Podcast. (2.040 Zeichen)

## Bibel

### Die Bibel per Schiff nach Sibirien

Stuttgart, 19.12.2011/APD Für die Verbreitung und Übersetzung der Bibel in Sibirien sammelt die Aktion Weltbibelhilfe der Deutschen Bibelgesellschaft Spenden in der Advents- und Weihnachtszeit. Partner ist die Russische Bibelgesellschaft. Unter dem Motto „Gottes Wort – bis ans Ende der Welt“ werden im fernen Osten des Landes Bibeln unter anderem mit einem Schiff verbreitet.

„In den abgelegenen Dörfern Sibiriens kämpfen Menschen um ihr Auskommen“, berichtete Alexej Bulatov, Leiter des Bibelhauses in Novosibirsk. „Da sie sich keine Bibel leisten können, bringen wir sie ihnen.“ Die Menschen reagierten freudig und seien beeindruckt, dass sich jemand auf eine lange Reise mache, um ihnen Gottes Wort zu bringen. Das sei nur durch die Unterstützung der Weltbibelhilfe möglich.

Im Sommer war Bulatov zwei Wochen lang mit seinem Team auf einem gemieteten Schiff im westsibirischen Tiefland unterwegs. Entlang des 3.600 Kilometer langen Flusses Ob in der Region Tomsk verteilten sie Bibeln. An einigen Orten gaben sie eine vollständige Materialsammlung an Kindergärten, Schulen oder öffentliche Bibliotheken weiter. Die Sammlung besteht aus 14 Büchern mit Bibeln und Kinderbibeln sowie biblischem Lern- und Anschauungsmaterial. Zu anderen Zeiten bereist der Bibelhaus-Leiter die sibirische Steppe mit einem

Kleintransporter. „Zwei dieser Aktionen pro Jahr ist unser Ziel, wenn die Spendengelder für die Reisen und den Transport der Bibeln reichen“, so Bulatov.

Ein weiteres Projekt der Russischen Bibelgesellschaft in Sibirien ist die vollständige Übersetzung der Bibel in Jakut. Die Sprache wird von fast einer halben Million Menschen im Osten Russlands gesprochen. Die Jakuten lebten ursprünglich als Nomaden und sind heute im nordöstlichen Teil Sibiriens am Fluss Lena beheimatet. Sie sind mehrheitlich russisch-orthodoxen Glaubens. Das Neue Testament ist bereits übersetzt. Jetzt soll das Alte Testament folgen.

Die Russische Bibelgesellschaft wurde 1990 nach der Zeit der Sowjetherrschaft wieder gegründet. Sie arbeitet mit allen christlichen Konfessionen in Russland zusammen. Seit 1995 ist sie Mitglied im Weltverband der Bibelgesellschaften (UBS; United Bible Society).

(1.901 Zeichen)

### **Hebräische und griechische Studienbibeln weltweit geschätzt**

Stuttgart, 19.12.2011/APD Wissenschaftliche Ausgaben des Alten und Neuen Testaments im Wert von rund 215.000 Euro stellte die Deutsche Bibelgesellschaft (DBG) 2011 mit einem „Scholarly Editions Grant“ für Studierende weltweit zur Verfügung. Die Ausgaben in den Originalsprachen Griechisch und Hebräisch gingen über die jeweilige nationale Bibelgesellschaft vor allem an theologische Ausbildungsstätten in Osteuropa, den Nahen Osten und Asien.

„Unsere Ausgaben sind international führend für das wissenschaftliche Studium der Bibel“, erläuterte DBG-Geschäftsführer Dr. Felix Breidenstein. Doch gerade in den ärmeren Ländern fehle Studierenden und Hochschulen oft das Geld für die Anschaffung. Das Programm „Scholarly Editions Grants“ sei deshalb für viele Institute sehr hilfreich.

Die meisten Studienausgaben seien 2011 nach Indien und in die Philippinen gegangen. Bei ihren Anforderungen hätten einige Institute angegeben, dass sie bisher nur mit Kopien der Bibeltex te arbeiten würden. Die wissenschaftlichen Ausgaben seien eine große Hilfe für die exegetischen Studien zum Alten und Neuen Testament.

Die größte Nachfrage habe 2011 nach der Biblia Hebraica Stuttgartensia (BHS) als Hand- und Studienausgabe sowie dem Novum Testamentum Graece (NTG) und dem „Greek New Testament“ (GNT) mit griechisch-englischem Wörterbuch bestanden. Insgesamt wären mit dem Programm rund 8.500 Exemplare verbreitet worden. Die Urtextausgaben seien interkonfessionell und international Grundlage für die Bibelübersetzung in die Volkssprachen.

„Scholarly Editions Grant“ solle 2012 aufgestockt werden, um vor allem für Lateinamerika mehr Ausgaben zur Verfügung stellen zu können. Das Projekt werde im International Service Programm des Weltverbandes der Bibelgesellschaften (United Bible Societies; UBS) abgewickelt. Die Deutsche Bibelgesellschaft stelle die Bibeln bereit und übernehme zusätzlich die Kosten für Fracht, Gebühren und lokale Verbreitung.

(1.736 Zeichen)

### **Einheitsübersetzung jetzt als Bibel-App**

Bonn, 19.12.2011/APD Die Heilige Schrift in der katholischen Einheitsübersetzung gibt es jetzt auch als App. Die digitale Bibel-Variante für iPod und iPhone enthält den vollständigen Text der Heiligen Schrift des Alten und Neuen Testaments. Eine eigens für das iPad optimierte Version sei in Planung. Herausgeber ist der Verlag Katholisches Bibelwerk. Mithilfe einer einfachen Navigation durch Bücher, Kapitel und Verse sei jede Bibelstelle leicht zu finden.

Im Lesebereich könne im fortlaufenden Text gelesen und per Fingerzeig durch den Text gescrollt werden. Die bekannten Überschriften der Einheitsübersetzung böten zusätzliche Orientierung in jedem biblischen Buch. Zudem gebe es eine Volltext-Suche mit Autovervollständigung der Suchbegriffe. Die Suchergebnisse würden in einer strukturierten Liste angezeigt, von der aus die Textstellen direkt aufgerufen und gelesen werden könnten. Alternativ könne man die Ergebnisliste durch einen Filter weiter eingrenzen. Außerdem habe der Bibelleser die Möglichkeit, jedem Vers einen Kommentar anzufügen. Bei einem eigenen hinterlegten Text werde dieser neben der Versziffer durch ein kleines Symbol angezeigt. Jeder Bibelvers könne per SMS oder E-Mail mit anderen geteilt werden. Die Bibel als App gibt es im iTunes-Store. (1.131 Zeichen)

### **Die Botschaften der Bibel in den Alltag übertragen**

#### **„glauben.geschichten“ neue Sendereihe des „Hope Channel“**

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 19.12.2011/APD Einen Glaubenskurs für Menschen, die sich neu mit der Bibel beschäftigen wollen, strahlt der Fernsehsender „Hope Channel“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten seit 7. Dezember mittwochs um 19.30 Uhr aus. Klaus Popa nimmt bei jeder Sendung von „glauben.geschichten“ die Fernsehzuschauer mit in die Geschichten der Bibel. Dabei wolle er einen direkten Zugang zu den Inhalten der Heiligen Schrift vermitteln. Die Geschichten des Alten Testaments würden lebendig und bekämen Farbe, so Popa. Er beleuchte nicht nur die bekannten Schauplätze, sondern beschäftige sich auch mit den scheinbar kleinen und unbedeutenden Personen und Details. Die Botschaften der Bibel sollen dadurch in den Alltag des Menschen übertragen werden.

Klaus Popa (36), Pastor, Designer und Seelsorger/Berater studierte in Deutschland, Österreich, England und in den Niederlanden. Spezialisiert hat er sich auf biblische Sprachen und Bibelübersetzungen. Er interessiert sich darüber hinaus für Geschichte, Kunst und Architektur.

Die „Hope Channel“-Sendereihe „glauben.geschichten“ ist über den Satelliten „Astra“ und in verschiedenen Kabelnetzen sowie als Live-Stream bei [www.hopechannel.de](http://www.hopechannel.de) zu sehen.

(1.156 Zeichen)

## **Dokumentation**

### **Erklärung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland zu sexueller Gewalt**

Als Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten haben wir uns dem Evangelium von Jesus Christus verpflichtet und lehnen deshalb jede Art von Gewaltausübung und Verletzung der Menschenwürde ab.

Dennoch bekennen wir, dass es im „Schutzraum“ unserer Ortsgemeinden sexuelle, körperliche und seelische Gewalt gibt. Wir bekennen, dass Verantwortliche und Familien unserer Freikirche das leibliche und seelische Leiden von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen aus unserer Mitte übersehen haben, ohne die Stimme für sie zu erheben; ohne ihnen zur Hilfe zu eilen. Wir sind schuldig geworden am Leben der Schwächsten und Wehrlosesten unter uns – unseren Kindern.

Es tut uns leid, dass im Raum der Freikirche die Würde von Verletzten durch Verleumdung und Entwürdigung beschämt und entehrt wurde. Wir haben den Verleumder oft nicht seines Unrechtes überführt und die Verleumdeten häufig genug ihrem Schicksal überlassen, indem wir ihnen nicht geglaubt haben.

Indem die Freikirche hiermit ihre Schuld bekennt, entbindet sie den Einzelnen nicht von seiner und die Täter/-innen nicht von ihrer persönlichen Schuld, sondern sie ruft alle in die Gemeinschaft des Schuldbekenntnisses hinein.

Nur als von Christus Begnadete können wir vor Christus bestehen. Unter die stellvertretende Sühne durch den Kreuzestod Jesu rufen wir alle, die für ihre persönliche Schuld Verantwortung übernehmen und aus der Vergebung leben wollen.

Wir gestehen unser Scheitern, dass wir nicht mutiger hinschauten und konfrontierten, nicht gehorsamer dem Willen Gottes folgten und nicht schützender unseren Nächsten beigestanden haben.

Nun ist ein neuer Anfang gemacht. Gegründet auf die Heilige Schrift, mit ganzem Ernst ausgerichtet auf Jesus Christus und seinen Willen, sind wir entschlossen dabei, den nötigen Schutzraum zu schaffen. Wir vertrauen auf den Gott der Gnade und Barmherzigkeit, dass er uns das Gelingen schenkt – in unseren Gemeinden, in unseren Familien und bei uns selbst.

*Die Erklärung wurde vom Fachbeirat „Sexueller Gewalt begegnen“ erarbeitet und vom Ausschuss der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland am 5. Dezember 2011 in Altena/Westfalen beschlossen.*

## Buchrezension

**Benedikt XVI., „Licht der Welt – Der Papst, die Kirche und die Zeichen der Zeit – Ein Gespräch mit Peter Seewald“, Herder Verlag, Freiburg, 2010, gebunden, 256 Seiten, 19,95 Euro, ISBN 978-3-451 - 32537-3.**

Im Interview mit dem Journalisten Peter Seewald sprach Benedikt XVI. über seine persönliche Sicht auf das Papstamt und die gegenwärtige Situation von Glaube und Kirche. Noch niemals vorher hat ein Papst auf kritische Fragen zu den drängenden Problemen in Kirche und Gesellschaft in dieser Form und so offen Rede und Antwort gestanden.

So erwartet er von seiner Kirche mit 1,2 Milliarden Gläubigen, dass sie sich nach den schrecklichen Missbrauchsfällen und Verirrungen einer Grundreinigung unterzieht. Es sei außerdem unerlässlich, endlich wieder das Geheimnis des Evangeliums, Jesus Christus, in seiner ganzen kosmischen Größe kennenzulernen. Benedikt XVI. sieht zudem in der Krise der Kirche eine riesige Chance, die Wiederentdeckung des eigentlich Katholischen. Die Aufgabe der Kirche heiße nun, den Menschen Gott zu zeigen und ihnen die Wahrheit über die Geheimnisse der Schöpfung, über die menschliche Existenz und über unsere Hoffnung, die über das rein Irdische hinausgeht, zu sagen.

Es gebe so viele Probleme, die aber nicht gelöst würden, wenn nicht im Zentrum Gott stehe und in der Welt neu sichtbar werde. An der Frage, ob der Gott Jesu Christi da ist und anerkannt werde, entscheide sich heute das Geschick der Welt, meint Benedikt XVI. Seewald empfindet ihn nicht als Kirchenfürst, sondern eher als Kirchendiener, als einen großen Gebenden. Die Frage Seewalds, ob der Papst Angst vor einem Attentat habe, lautet mit einem strikten Nein. Die Frage, ob er sich in einer Art Isolation befände, mußte Benedikt XVI. ebenfalls verneinen. Es fänden Besuche von Freunden aus alten Zeiten statt, und außerdem halte er die päpstliche Hausgemeinschaft für sehr wertvoll. Seine herzliche Beziehung zu den Juden – er spricht von Vätern im Glauben – ist für den Papst und seine Verkündigung des christlichen Glaubens sehr wesentlich. Nach Benedikt XVI. wird die Ökumene sehr bald das auffälligste Zeichen dieses Pontifikats.

Dr. Wolfgang Tulaszewski